

Das Digitale ist politisch: Häusliche Gewalt 2.0 und die fehlende öffentliche Sichtbarkeit

Strick, Jasna

2021

<https://doi.org/10.25595/3726>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Strick, Jasna: *Das Digitale ist politisch: Häusliche Gewalt 2.0 und die fehlende öffentliche Sichtbarkeit*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, Jg. 30 (2021) Nr: 1, 125–129. DOI: <https://doi.org/10.25595/3726>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v30i1.14>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2019: Politikerinnen werden beleidigt und bedroht. FAZ, 08.10.2019. Internet: www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/bundestag-weibliche-abgeordnete-als-opfer-von-hass-im-netz-16422620.html [20.01.2021].

Geschke, Daniel/Klaßen, Anja/Quent, Matthias/Richter, Christoph, 2019: #Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie. Eine bundesweite repräsentative Untersuchung. Internet: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/_Hass_im_Netz_-_Der_schleichende_Angriff.pdf [09.11.2020].

Hoppenstedt, Max, 2020: Luisa Neubauer kämpft gegen Hatespeech in sozialen Medien: „Was über mich geschrieben wird, ist schon krass“. Spiegel Netzwerk, 12.08.2020. Internet: www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/luisa-neubauer-ueber-hatespeech-was-ueber-mich-geschrieben-wird-ist-schon-krass-a-19bd80bb-4fec-4fea-8e11-85b817c05bf3 [30.01.2021].

Institute for Strategic Dialogue, 2019: The Battle for Bavaria. Online information campaigns in the 2018 Bavarian State Election. Internet: www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2019/02/The-Battle-for-Bavaria.pdf [09.11.2020].

Kracher, Veronika, 2020: Incels. Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults. Mainz.

Plan International, 2020a: Free to be online? Erfahrungen von Mädchen und jungen Frauen mit digitaler Gewalt. Zusammenfassung vom „Free to be online“ - Report 2020. Internet: <https://plan.de/presse/free-to-be-online.html> [02.05.2021]

Plan International, 2020b: Free to be online? Girls' and young women's experiences of online harassment. Internet: <https://plan-international.org/publications/freetobeonline> [09.11.2020].

Ribeiro, Manoel/Blackburn, Jeremy/Bradlyn, Barry/De Cristofaro, Emiliano, 2020: The Evolution of the Manosphere Across the Web. Internet: www.researchgate.net/publication/338737324_The_Evolution_of_the_Manosphere_Across_the_Web [09.11.2020].

Schiele, Katharina, 2019: „Halle reiht sich in die Serie frauenfeindlicher Attentate ein“. Internet: <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2019/Halle-reiht-sich-in-die-Serie-frauenfeindlicher-Attentate-ein,frauenhass120.html> [20.01.2021].

Sehl, Dr. Markus, 2020: LG-Berlin-Richter ändern „Drecks Fotze“-Entscheidung. Künast mit Teilerfolg gegen Hasspostings im Netz. Internet: www.lto.de/recht/hintergruende/h/lg-berlin-27ar17-19-aendert-beschluss-kuenast-beleidigung-hass-posting-facebook-schmaehkritik/ [09.11.2020].

Sigl, Johanna, 2018: Identitäre Zweigeschlechtlichkeit. Über männliche Inszenierungen und Geschlechterkonstruktionen bei den Identitären. In: Speit, Andreas (Hg.): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Bonn, 160-172.

Šimonović, Dubravka, 2020: Combating violence against women journalists. Internet: <https://undocs.org/en/A/HRC/44/52> [09.11.2020].

Das Digitale ist politisch: Häusliche Gewalt 2.0 und die fehlende öffentliche Sichtbarkeit

JASNA STRICK

Seit 2015 wird verstärkt über digitale Gewalt diskutiert. Auslöser waren steigende Zahlen von geflüchteten Menschen in Deutschland und rassistische Kommentierung im Netz bzw. Bedrohung von Personen, die sich für eine menschliche Migrationspo-

litik einsetzen. Dass über das Problem gesprochen wird, ist wichtig. Das Internet ist als Ort der Meinungsbildung nicht mehr wegzudenken und es ist zentral, dass alle Menschen hier gleichberechtigt und ohne Angst an Debatten teilnehmen können. Aber der Diskurs schleicht dem realen Problem hinterher und müsste breiter geführt werden: Es gibt mehr Formen von digitaler Gewalt als Hate Speech und betroffen sind nicht ausschließlich Prominente. Auch findet Belästigung im Netz nicht nur öffentlich statt – vielmehr können sowohl Öffentlichkeit als auch Nicht-Öffentlichkeit Faktoren sein, die die Gewalterfahrung verschlimmern.

Bereits im Februar 2010 schrieb die Autorin Anna auf dem damals wichtigsten feministischen Blog Mädchenmannschaft über frauen- und feminismusfeindliche Beleidigungen in den Kommentaren zu Artikeln des Blogs (Mädchenmannschaft 2010). Unter Hate Speech wird meistens „der sprachliche Ausdruck von Hass gegen Personen oder Gruppen verstanden, insbesondere durch die Verwendung von Ausdrücken, die der Herabsetzung und Verunglimpfung von Bevölkerungsgruppen dienen“ (Meibauer 2013, 1). Hate Speech findet vielfach in sozialen Medien, Kommentarspalten, Foren und anderen zumindest teilweise öffentlich einsehbaren Orten statt. In einer USA-weiten Studie wurde festgestellt, dass einige Bevölkerungsgruppen stärker von Online Harassment¹ betroffen sind als andere, insbesondere Menschen mit Rassismuserfahrung, aber auch Frauen: „Similarly, women are about twice as likely as men to say they have been targeted as a result of their gender (11% vs. 5%)“ (Pew Research Center 2017). Sexualisierte digitale Gewalt ist vor allem ein ernstzunehmendes Problem für junge Frauen: „Some 21% of women ages 18 to 29 report being sexually harassed online, a figure that is more than double the share among men in the same age group (9%). In addition, roughly half (53%) of young women ages 18 to 29 say that someone has sent them explicit images they did not ask for“ (ebd.). In einer Untersuchung von 18-55-jährigen Frauen in Dänemark, Italien, Neuseeland, Polen, Spanien, Schweden, Großbritannien und den USA gaben im Schnitt 23% an, dass sie bereits online Missbrauch oder Belästigungen ausgesetzt waren (Amnesty International 2017). Für Deutschland fehlen leider vergleichbare Zahlen.

Digitale Gewalt in Form von Hate Speech findet zumeist öffentlich statt. Bedrohungen und Beleidigungen sind für alle lesbar, Falschinformationen finden sich ganz oben in den Ergebnissen der Suchmaschinen. Zu den Folgen gehören neben den körperlichen und psychischen Belastungen wie Stress und Panikattacken für die direkt Betroffenen auch deren Rufschädigung (ebd.). Gerade der öffentliche Charakter verschlimmert die Gewalt. Gleichzeitig bietet das öffentliche Ausführen auch die Chance, die Strategien als solche zu demontieren und zum Beispiel geschlechtsspezifische Gewalt sichtbar zu machen. Medial wird diese Chance aber kaum genutzt, denn sehr häufig wird das Problem auf Prominente, Journalist_innen und Politiker_innen als Betroffene verengt. Diese mediale Vereinfachung komplexer gesellschaftlicher Probleme bedeuten vor allem Nachteile für mehrfach diskriminierte Personen. Warum eine Person von digitaler Gewalt betroffen ist, wird vielfach mit ihrer Prominenz und seltener mit dem Geschlecht erklärt. Auf diese Weise werden

Intersektionen von Geschlecht, Klasse, Herkunft etc. im medialen Diskurs weiterhin verdeckt. Zudem entsprechen Menschen, die beispielsweise als arm, behindert, of Color, und/oder nicht cis-/hetero gelesen werden, häufig nicht den stereotypen Vorstellungen von einem glaubwürdigen Opfer.

Damit einher geht das Ausblenden weiterer Formen digitaler Gewalt, die weniger als politische Strategie sondern vor allem im privaten Nahraum passieren: Die Veröffentlichung von (heimlich) aufgenommenen Nackt-, Vergewaltigungs- oder Sexszenen auf Pornoseiten, Identitätsdiebstahl, die Erpressung mit ebensolchem Bildmaterial, das Verschicken von sogenannten Dickpics², das unerlaubte Eindringen in smarte Geräte und so weiter. Ein weiteres Problem ist: „Mehr als tausend Deutsche haben etwa eine Spionagesoftware namens Flexispy genutzt (...). Die Software durchleuchtet das Handy komplett: Standort, Chatnachrichten, Mikrofon“ (Meineck 2020). Eine Umfrage unter Frauenberatungsstellen kam zu folgendem Ergebnis: „Die Betroffenen, die Beratung bei Stalking, sexualisierter Gewalt und häuslicher Gewalt in Anspruch nehmen, sind potentiell auch von Formen digitaler Gewalt betroffen bzw. digitale Gewalt kann sich als ein Teil ihrer Gewalterfahrung darstellen“ (Bundesverband 2017, 9). Ein Großteil der Stellen gab an, „dass mittlerweile nahezu in allen Fällen das Internet oder digitale Medien dazu genutzt werden, Stalking-Handlungen auszuüben“ (ebd., 8). Gemessen an den Zahlen zu häuslicher Gewalt, wonach in Deutschland „(e)twas jede vierte Frau (...) mindestens einmal Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt durch ihren aktuellen oder früheren Partner“ (BMFSFJ 2020) wird, liegen damit potentiell sehr viele Fälle vor, die Frauen aller sozialen Schichten betreffen, aber in der öffentlichen Wahrnehmung nicht als digitale Gewalt diskutiert oder gar geahndet werden. Hinzu kommt, dass sich aktuell noch nicht genau beziffern lässt, wie sich die Coronapandemie auf häusliche Gewalt auswirkt.³ Doch schon jetzt ist ein Anstieg häuslicher Gewalttaten infolge der Pandemie zu befürchten, wie beispielsweise die Aussage der Beratungsstelle Weißer Ring, dass „sich in den ersten zehn Monaten des Corona-Jahrs 2020 gut zehn Prozent mehr Opfer von häuslicher Gewalt, Sexualdelikten und Körperverletzung gemeldet (haben) als im Vorjahreszeitraum“ (Der Tagesspiegel 2020) nahelegt.

Gleichzeitig gehört es zur Strategie der mehrheitlich männlichen Gewalttäter_innen und zur Natur häuslicher Gewalt, dass sie im privaten Nahraum geschieht. Ähnlich wie Hate Speech als Mittel antifeministischer und rechtsextremer Gruppen in der Vergangenheit wenig Beachtung fand, stellt sich dieses Problem deshalb auch bei digitaler Gewalt im Zusammenhang mit sexualisierter oder häuslicher Gewalt. Deren Ausblendung im Diskurs um digitale Gewalt zu verhindern bzw. sie als wesentliches Element sichtbar zu machen, ist die Aufgabe aller, die im Feld geschlechtsspezifischer und/oder digitaler Gewalt arbeiten, also feministischen Organisationen, Journalist_innen, Aktivist_innen genauso wie Politiker_innen. So hat die Vergangenheit gezeigt, dass breite öffentliche Debatten vermehrt zu Hilfsanfragen von Betroffenen geführt haben (Salzburger 2014). Gleichzeitig wird zunehmend deutlich, warum der Blick auf häusliche Gewalt ein Update dringend nötig hat: Frauenberatungsstellen

leisten bereits jetzt wichtige Arbeit gegen digitale Gewalt, allerdings existiert in Deutschland lediglich eine ausgewiesene IT-Beraterin für digitale Gewalt. Im Anti-Stalking-Projekt des FRIEDA-Frauenzentrum e.V. in Berlin gibt Leena Simon u.a. Hilfestellung bei der Beweissammlung, der Überprüfung der Geräte zum Beispiel auf Spy-Software und zeigt, wie Klient_innen ihre Geräte selbst besser vor Angriffen schützen können (Meineck 2020). Angesichts eines steigenden Bedarfs an digitaler Unterstützung ist es notwendig, feministische Forderungen nach mehr Frauenhausplätzen, ihrer langfristigen und nachhaltigen Finanzierung, ihrer Barrierefreiheit und Zugänglichkeit für migrantische Frauen mit der Forderung nach flächendeckender IT-Fortbildung von Beratungsstellen zu ergänzen. Die Berater_innen müssen zu den verschiedenen Formen digitaler Gewalt und deren Konsequenzen aus- und weitergebildet werden sowie die Möglichkeit haben, sich konstant technisch fortzubilden. Außerdem hat es sich bewährt, wenn Beratungsstellen mit Jurist_innen zusammenarbeiten, die bei rechtlichen Fragen zur Seite stehen. Sie müssen unabhängig arbeiten können und Betroffenen kosten- und barrierefrei zur Verfügung stehen. Initiativen gegen Hate Speech können im Gegenzug beim Umgang mit geschlechtsspezifischer digitaler Gewalt und Frauen in Krisensituationen von erfahrenen Frauenberatungsstellen profitieren. Um Betroffene noch besser unterstützen sowie präventive Aufklärungsmaßnahmen entwickeln zu können, muss die Arbeit der Beratungsstellen und zivilgesellschaftlicher Initiativen unbedingt durch konkrete Daten aus Deutschland zu Häufigkeit, Betroffenheit, unterschiedlichen Gewaltformen etc. unterfüttert werden. Eine neue repräsentative Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland ist dringend notwendig. In der letzten Studie von 2004 fehlen wichtige Informationen über geschlechtsspezifische digitale Gewalt sowie zur Verknüpfung von digitaler und häuslicher Gewalt. Außerdem soll die Polizei geschlechtsspezifische Statistiken zu digitaler Gewalt führen (Netz ohne Gewalt 2019).

Anmerkungen

- 1 „This report measures online harassment using six distinct behaviors: Offensive name-calling, purposeful embarrassment, stalking, physical threats, harassment over a sustained period of time, sexual harassment“ (Pew Research Center 2017).
- 2 Als Dickpic wird umgangssprachlich das Bild eines Penis bezeichnet, das über das Internet an andere Personen verschickt wird. Hat die_der Empfänger_in dem Erhalt des Bildes nicht zugestimmt, handelt es sich beim Versenden um sexuelle Belästigung.
- 3 Die Studie der TU München zu häuslicher Gewalt während der Pandemie ist leider nicht aussagekräftig, denn die Befragten gaben nur Auskunft über einen sehr kurzen Zeitraum.

Literatur

Amnesty International, 2017: Amnesty reveals alarming impact of online abuse against women. Internet: www.amnesty.org/en/latest/news/2017/11/amnesty-reveals-alarming-impact-of-online-abuse-against-women/ (09.01.2021)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), 2020: Frauen vor Gewalt schützen. Häusliche Gewalt. Internet: www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/haeusliche-gewalt/haeusliche-gewalt/80642 (09.01.2021).

Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe in Deutschland, 2017: Ergebnisse einer Umfrage unter Frauenberatungsstellen und Frauennotrufen im bff. Internet: www.frauen-gegen-gewalt.de/de/aktuelle-studien-und-veroeffentlichungen.html?file=files/userdata/downloads/studien/bff_Digitalisierung_geschlechtsspezifischer_Gewalt_Expertise_hartmann.pdf&cid=5859 (09.02.2021)

Der Tagesspiegel, 2020: Mit dem Schlimmsten rechnen. Weißer Ring meldet 2020 deutlich mehr häusliche Gewalt. Internet: www.tagesspiegel.de/gesellschaft/mit-dem-schlimmsten-rechnen-weisser-ring-meldet-2020-deutlich-mehr-haeusliche-gewalt/26749938.html (09.01.2021).

Mädchenmannschaft, 2010: Ihr durchtriebenen, miesen Fotzen! Internet: <https://maedchenmannschaft.net/ihr-durchtriebenen-miesen-fotzen/> (09.01.2021).

Meibauer, Jörg, 2013: Hassrede. Von der Sprache zur Politik. In: Meibauer, Jörg (Hg.): Hassrede/Hate Speech. Interdisziplinäre Beiträge zu einer aktuellen Diskussion. S. 1-16. Internet: www.linguistik.tu-berlin.de/fileadmin/fg72/PDF/MSF_Forschung/hassrede_2013-03-18d_korr_2013-05-03.pdf (09.01.2021).

Meineck, Sebastian, 2020: „Angriff auf die Psyche“: Leena berät Frauen, die digital von ihrem Ex gestalkt werden. Internet: www.vice.com/de/article/889nap/leena-simon-beraet-stalking-durch-ex-partner-digitale-gewalt (09.01.2021)

Netz ohne Gewalt, 2019: Gegen den Rollback im Netz – Digitale Gewalt geht uns alle an! Internet: <https://netzohnegewalt.org/> (09.01.2021).

Pew Research Center, 2017: Online Harassment 2017. Internet: www.pewresearch.org/internet/2017/07/11/online-harassment-2017/#fnref-19049-2 (22.01.2021).

Salzburger, Sonja, 2014: Ein Jahr #Aufschrei. Christine Lüders, Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Internet: www.sueddeutsche.de/leben/ein-jahr-aufschrei-noch-viel-zu-tun-1.1868630-5 (09.01.2021).

Feminist Protests, Abortion Rights and Polish Democracy

ANNA GWIAZDA

The recent ruling by the politicised Constitutional Tribunal to impose a near total-ban on abortion in Poland instigated a nation-wide protest and civic opposition. The ruling confirms rising illiberalism, supported by the governing right-wing populist Law and Justice party (PiS). Nevertheless, women’s political activism is significant for democracy. The extra-parliamentary representation of feminist interests and participation of diverse social groups in mass mobilisation could contribute to democratic changes. Yet, for these changes to take root, a long-term feminist strategy is needed.